



HESSISCHER LANDTAG

26. 02. 2026

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wer in Hessen lernt und arbeitet, braucht Sicherheit und Perspektive – Abschiebung von Arbeitskräften beenden – im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung die Abschiebung von Menschen in Ausbildung und Erwerbstätigkeit weiter vorantreibt. Selbst Menschen, die als Azubis, Fachkräfte und Arbeitskräfte zum wirtschaftlichen Erfolg maßgeblich beitragen, sind aktuell nicht sicher vor Abschiebungen. Das ist nicht nur gesellschaftlich problematisch, sondern auch vor dem Hintergrund des Arbeits- und Fachkräftemangels schlecht für Hessen. Der Fach- und Arbeitskräftemangel stellt für die hessische Wirtschaft eine erhebliche Herausforderung dar, der durch die demografische Entwicklung zukünftig noch weiter verschärft wird. Deswegen braucht es echte Planungssicherheit für Geflüchtete und Betriebe.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich der Bundesratsinitiative von Schleswig-Holstein anzuschließen, die ein Bleiberecht für Geflüchtete in Ausbildung und Arbeit fordert. Danach sollen Geduldete, die mindestens drei Jahre in Deutschland leben und seit einem Jahr eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, künftig ein Bleiberecht erhalten. Weitere Voraussetzungen für ein Bleiberecht sind der Nachweis von Integrationsleistungen, die Identitätserklärung sowie Straffreiheit. Das entspricht der Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene von CDU, CSU und SPD.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 26. Februar 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)